

Ina Latendorf (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ursprünglich war die Flächenstilllegung ein Mittel zur Begrenzung der Überproduktion. Inzwischen ist die ökologische Bedeutung von Brachen für Biodiversität und Bodenqualität in der Agrarlandschaft ein wichtiger Aspekt. Das muss man auch berücksichtigen, und dem muss man Rechnung tragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Pauschale Verpflichtungen zur Flächenstilllegung sind aus Sicht der Linken allerdings nicht richtig. Nichts spricht dagegen, schwache Standorte mit unterdurchschnittlichem Ertragspotenzial aus der Produktion zu nehmen, wenn es nicht umsonst ist. Darüber muss man auch mit den Betrieben der Landwirtschaft reden. Ich sage Ihnen als gelernte Facharbeiterin für Pflanzenproduktion:

(Beifall der Abg. Zaklin Nastic (DIE LINKE))

Auch eine landwirtschaftlich genutzte Fläche kann der Natur dienen.

Der Antrag der Union ist allerdings aus einem anderen Grund verfehlt und nicht zustimmungsfähig.

(Dr. Oliver Vogt (CDU/CSU): Na! - Stefan Müller
(Erlangen) (CDU/CSU): Was?)

Die Union nimmt eben keine Rücksicht auf ökologische Notwendigkeiten.

(Dr. Oliver Vogt (CDU/CSU): Das ist eine Unterstellung!)

Sie sagen: Neu denken! - Und das bedeutet für Sie von der Union: weniger Ökologie und mehr Produktion.

(Dr. Oliver Vogt (CDU/CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Aber natürlich müssen wir ökologischer werden, und Sie sollten sich dem nicht verweigern, sondern nach Lösungen suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade heute haben wir mit dem EU-Agrarkommissar Wojciechowski gesprochen, und er hat uns gesagt, ein erneutes Aussetzen der 4-Prozent-Regel werde es aus Sicht der EU und aus seiner Sicht nicht geben. Und wer hier von Welthunger spricht, so wie Sie in Ihrem Antrag, der darf aus unserer Sicht, aus Sicht der Linken, die Profitgier des Kapitalismus und der Monopole nicht verschweigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage: Schluss mit der Spekulation mit Lebensmitteln an den Warenterminbörsen! Dann wären wir ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn letztlich geht es um einen sozial-ökologischen Umbau der Gesamtgesellschaft, damit alle genug zu essen haben.

(Beifall bei der LINKEN)